Die Bilanz der Europäischen Integration 1991/92

WERNER WEIDENFELD

Eine historische Epoche ist beendet und ein neues Zeitalter der Weltpolitik beginnt: mit ungewissen Konturen und Konstellationen, mit neuen Risiken und Konflikten, mit bisher unerfüllten Anforderungen an die politische und intellektuelle Orientierungsfähigkeit der Europäer[1]. Europäische Umbrüche und globale Herausforderungen prüfen die Handlungsfähigkeit Europas. Die europäische Politik muß dazu Orientierungen auf zwei Ebenen anbieten: Notwendig ist einerseits, analytische und konzeptionelle Klarheit über die komplizierte, kaum noch überschaubare politische Landkarte Europas zu schaffen. Andererseits müssen Antworten auf den Handlungsbedarf der Europapolitik entwickelt werden. Die Lage des Kontinents verlangt nach Europa-Strategien, die die Zukunft kalkulieren. Defizite an Erklärung europäischer Problemlagen sind unübersehbar. Europa gerät unter Begründungsdruck.

Die Modernisierung Westeuropas

Das Programm zur Vollendung des Binnenmarktes hat einen Strukturwandel in Westeuropa initiiert, der in festgefügte Besitzstände eingreift und neue europäische Entscheidungsmaterien schafft[2]. Die Folgen werden über Wirtschaft und Handel auf die Strukturen von Politik, Verwaltung und öffentlichen Haushalten, auf das Bildungswesen und die Sozialsysteme ausstrahlen[3]. Die durchaus fahrplangerechte Verabschiedung der Schritte zur Vollendung des Binnenmarktes weist nach wie vor offene Problemschwerpunkte aus: die Angleichung des Steuersystems, die Fragen der inneren Sicherheit[4] und – damit verbunden – die komplette Abschaffung der Binnengrenzkontrollen. In den kommenden Jahren rücken damit die Folgen der Vollendung des Binnenmarktes in den Vordergrund.

Die daraus resultierenden Fragen signalisieren eine Fülle von Anpassungs- und Verteilungskonflikten, die den Zusammenhalt der Bürger Europas berühren. Ohne die Solidarität der Menschen untereinander bleiben die Handlungsspielräume der Politik begrenzt. Das demokratische Defizit im politischen System der Gemeinschaft, die mangelnde Transparenz und Effizienz des Entscheidungsprozesses schwächen die Bindung der Bürger an Europa und stellen die Regierbarkeit in Frage[5]. Der Wirtschafts- und Währungsunion fehlt bislang ein zuverlässiger politischer Rahmen. Mit der bisherigen institutionellen Ausstattung wird Europa den Entscheidungsbedarf nicht befriedigen können.

Die Öffnung Mittel- und Osteuropas

Im Osten sind die alten Strukturen und Apparate zusammengebrochen[6]. Völlig neue Organisationsformen müssen für Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Rechtsprechung errichtet werden. Die neuen politischen Führungen stehen vor der Aufgabe, den Wandel zu organisieren.

Für die Menschen in Mittel- und Osteuropa bedeutet der Gewinn der Freiheit in mancher Hinsicht auch einen Verlust von Sicherheit: Alle Bezugsgrößen ihrer materiellen Existenz – Beschäftigung, Löhne und Preise, Renten und Sozialleistungen – stehen zur Disposition. Die festgefügte Struktur der Gesellschaft ist zerbrochen und neue soziale Gruppen entstehen. Nirgendwo in Europa tragen die Menschen unmittelbarer und schwerer an den Lasten einer gescheiterten Politik. Der soziale Druck auf die neuen Regierungen wird weiter zunehmen.

Eine vorrangige Aufgabe der europäischen Politik liegt deshalb in der Stabilisierung und Unterstützung der Demokratie. Selbst die politischen Systeme in den am weitesten vorangeschrittenen Reformstaaten zeigen Anzeichen überforderter Regierungsfähigkeit. Angesichts der anhaltenden Wirtschaftskrise schwindet die Akzeptanz der neuen demokratischen Führungen. Die Politikverdrossenheit ist ein Alarmzeichen. Gelingt es der Politik nicht, die Erwartungen der Menschen einzulösen, so könnten die Demokraten in die Minderheit geraten.

Die zweite zentrale Herausforderung liegt in der Fülle der ungelösten ethnischen Konflikte, hinter denen zugleich soziale und kulturelle Spannungen stehen. Ihre dichteste Ausprägung finden sie in Südosteuropa und auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion. Ob traditionell gewachsen oder durch Zentralregierungen verfügt – hier fallen politische Grenzziehungen und ethnische Siedlungsräume weiter auseinander als irgendwo sonst in Europa. Die Minderheitenkonflikte der zahlreichen kleinen Völker dieses Teils von Europa besitzen daher fast immer eine internationale Dimension. Der Krieg im früheren Jugoslawien verweist auf die gravierenden Konsequenzen, die eine gewaltsame Konfliktaustragung für den Reformprozeß mit sich bringt. Die Scheinstabilität des früheren Ostblocks ist durch eine labile Übergangsperiode abgelöst worden. Der aufgestaute Problemdruck überfordert die Entscheidungskapazität der neuen Regierungen. Werden die Strukturprobleme nicht gelöst, so drohen Gefahren für die Region, die auch Westeuropa in Mitleidenschaft ziehen würden.

Im Blick auf die ehemalige Sowjetunion zeigen alle skizzierten Herausforderungen und Gefahren eine zusätzliche Brisanz. In der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten geht die wirtschaftliche Zerrüttung tiefer; die Versorgungskrise ist Kennzeichen einer unzureichenden Produktivität und Infrastruktur; das Geflecht der alten Institutionen ist immer noch stark und die Basis marktwirtschaftlicher und demokratischer Erfahrungen ist schwächer als in den anderen Reformstaaten. Die ethnischen Konflikte des Landes sind in ihrer Zahl und ihrer Explosivität kaum überschaubar. Zwei weitere Problempunkte resultieren aus der Transformation des vor kurzem noch größten Militärapparates der Welt. Einerseits ist mit dem Zerfall der alten Feindbilder und der Auflösung der UdSSR ein Großteil der Streitkräfte zugleich funktionslos und heimatlos geworden. Das gewaltige Rü-

stungspotential der Roten Armee wird andererseits zum Gegenstand von Verteilungskonflikten im Zuge nationaler Aufrüstung der Republiken.

Die bisherigen Ansätze zur Stabilisierung des Wandels in den jungen Demokratien Ostmittel- und Südosteuropas sowie die Abstützung des Wandels in der zerfallenden Sowjetunion leiden an einem Defizit an strategischer Orientierung[7]. Sie sind weitgehend Ad-hoc-Maßnahmen, die zersplittert sind, zu kurz greifen und denen keine kohärente Konzeption zugrunde liegt.

Noch hat Westeuropa das Ausmaß der Herausforderung nicht erkannt bzw. nicht mit geeigneten Maßnahmen darauf reagiert. Ein Scheitern des Wandels in Osteuropa hätte schwerwiegende Konsequenzen für Gesamteuropa. Es droht nicht nur der Zusammenbruch eines für den Westen potentiell interessanten Marktes, sondern die Vertiefung der Armutsgrenze zwischen Ost und West, die zu einem Anwachsen des Migrationsstroms nach Westeuropa führen wird. Zudem besteht die Gefahr, daß Westeuropa unvorbereitet und konzeptionslos in die aufbrechenden ethnonationalen und sozialen Konflikte involviert wird. Die ungesicherte Lage auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion und der Bürgerkrieg in Jugoslawien machen dies auf exemplarische Art und Weise deutlich.

Die Verantwortung der Europäischen Gemeinschaft

Die Heranführung der ostmittel- und südosteuropäischen Staaten an die Stabilitätsgemeinschaft der EG gehört zu den wichtigsten Faktoren für die Abstützung des Übergangsprozesses. Sie schafft die besten Voraussetzungen für den erfolgreichen Wandel zu Marktwirtschaft und Demokratie. Dabei stellt sich die Frage, wie die Nähe zur EG zu organisieren ist. Eine Beschleunigung der Integration in die EG bis zum Beitritt, wie sie von den ostmitteleuropäischen Staaten gefordert und den südosteuropäischen Staaten erhofft wird, wirft zwei Problemkreise auf:

- Die schwachen Ökonomien dieser Länder können einem Verdrängungswettbewerb mit den westeuropäischen Volkswirtschaften auf absehbare Zeit nicht standhalten.
- Vom integrationspolitischen Standpunkt aus ist zu fragen, ob die Effizienz der europäischen Entscheidungsstrukturen durch einen zu raschen Beitritt nicht Schaden erleidet.

Wenn den ostmittel- und südosteuropäischen Staaten eine Chance zur Integration gegeben werden soll, wird das Engagement der Europäischen Gemeinschaft der größeren Problemlage entsprechend viel deutlicher und weitreichender ausfallen müssen. Insbesondere die Handelspolitik bildet dabei einen Schlüssel für den weiteren Erfolg. Zu einer Zeit, da der Handel Ostmittel- und Südosteuropas mit der zerfallenen Sowjetunion und Ostdeutschland nahezu zusammengebrochen ist, muß Westeuropa seine Märkte für Produkte aus den Staaten dieser Region öffnen. Dies gilt vor allem für Bereiche, in denen die ostmittel- und südosteuropäischen Staaten annähernd konkurrenzfähig sind. Eine protektionistische Politik Westeuropas vergrößert die Zahlungsbilanzschwierigkeiten der ostmittel- und

südosteuropäischen Staaten weiter und verringert die Mittel für den Import westlicher Waren und Technologie. Wenn die betroffenen Staaten ihre Exporte nach Westen nicht erhöhen können, verlieren sie mehr als sie durch den Transfer von westlicher Finanzhilfe gewinnen. Es besteht die Gefahr, daß sich der ökonomische Umstellungsprozeß erheblich verzögern könnte.

Auf diesem Gebiet sind die Vorbereitungen in den Europa-Abkommen mit Polen, der ČSFR und Ungarn unzureichend[8]. Die EG konnte sich zur Enttäuschung der ostmitteleuropäischen Partner nicht in allen Bereichen zu einer Aufgabe ihrer protektionistischen Haltung durchringen. Diese Rücksichtnahme auf die Interessen von einheimischen pressure groups entspricht nicht der Verantwortung, der die Gemeinschaft gerecht werden muß. Großzügige Handelserleichterungen sind der wirkliche Test für die Bereitschaft der EG, einen substantiellen Beitrag für die Entwicklung der neuen Demokratien zu leisten.

Da der Umwandlungsprozeß zur Marktwirtschaft in Staaten wie Polen, der ČSFR und Ungarn ordnungspolitisch zwar weit vorangeschritten ist, der Übergangsprozeß jedoch von erheblichen sozialen Problemen begleitet wird, sind zusätzliche Hilfsmaßnahmen von westeuropäischer Seite zu treffen. So wird Finanzhilfe für diese Staaten auch weiterhin notwendig sein, da selbst die willigsten und eifrigsten Reformregierungen ohne sie nicht auskommen werden.

Aufgrund der enormen Erwartungshaltung an die EG und der desolaten ökonomischen Situation in den Ländern Ostmittel- und Südosteuropas ist schon aus psychologischen Gründen eine klar ausformulierte Perspektive geboten. Assoziierungsverhandlungen sind auch mit den südosteuropäischen Staaten in nächster Zukunft aufzunehmen. Für Ostmitteleuropa, aber auch für Südosteuropa muß eine klare Beitrittsperspektive zur EG erhalten bleiben. In diesem Zusammenhang sollte darüber nachgedacht werden, ob nach Abschluß der Assoziierungsverhandlungen mit Polen, der ČSFR und Ungarn diesen Staaten eine Teilmitgliedschaft in der EG angeboten werden kann, ohne jedoch den Prozeß der Vertiefung der Integration zu gefährden.

Die Handlungsfähigkeit Europas

Europa hat auf die Umbrüche mit einer Intensivierung der Gemeinschaftsbildung auf drei Ebenen reagiert: Der Stärkung der Europäischen Gemeinschaft in der Perspektive ihrer Erweiterung, der Neubestimmung der Atlantischen Gemeinschaft und der Konstruktion einer gesamteuropäischen Gemeinschaft. Auf allen Ebenen sind für den Zeitraum der 90er Jahre ambitiöse Programme entwickelt worden – von der Transatlantischen Erklärung[9] über die Charta der KSZE von Paris[10] bis zur Erneuerung der NATO-Strategie[11] und der Vertragsreform der Europäischen Gemeinschaft[12].

Die EG hat mit den Entscheidungen von Maastricht einen Fahrplan zur Vertiefung erhalten, der die Mitgliedstaaten über mehrere Etappen in allen wesentlichen Funktionen staatlichen Handelns fest miteinander verbindet. Parallel dazu hat die EG mit der Initiative zum Europäischen Wirtschaftsraum und dem

Abschluß der Europa-Abkommen ihr Verhältnis zu den Nachbarn in Europa neu geordnet.

Allen Initiativen ist der Versuch gemeinsam, die Handlungsfähigkeit der Politik in den neuen Verhältnissen herzustellen, die Entscheidungsebenen auf die Höhe der Herausforderungen zu heben. Angelpunkt aller drei Gemeinschaftsbildungen ist die Europäische Gemeinschaft. Sie bildet den Zielpunkt der Orientierungen und die wesentliche Quelle der Hilfe für die Reformen im Osten. Im Zusammenbruch der Spaltung Europas wurde die EG zum Modell friedlicher Zusammenarbeit. Ihr Erfolg erzeugt einen Magnetismus, der immer mehr Politikbereiche und Akteure anzieht. Ohne eine Stärkung ihrer Entscheidungskapazität geriete die Europäische Gemeinschaft in die Erfolgsfalle – sie setzt den bisher erreichten Stand aufs Spiel, wenn sie an den neuen Aufgaben scheitert.

Das künftige Gefüge des Kontinents wird um die Handlungsfähigkeit dieser Europäischen Gemeinschaft herum entstehen. Auf dem Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion und zur Politischen Union nach innen wird ihre Integrationsdichte von keiner anderen Form der Zusammenarbeit übertroffen werden. An der Schwelle einer weltpolitischen Ordnungsrolle nach außen wird ihr Leistungspotential ein besonderes Gewicht in der internationalen Politik gewinnen.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, warum die Regierungskonferenzen zur Politischen Union und zur Wirtschafts- und Währungsunion, der Gipfel von Maastricht zur Verabschiedung des neuen Vertragswerkes sowie der konfliktreiche und schwierige Ratifizierungsprozeß in den EG-Mitgliedstaaten den Schlüsselvorgang der europäischen Integration in dieser Zeit bilden[13]. Der Gipfel von Maastricht hat am 9. und 10. Dezember 1991 zu zwei großen Themenkomplexen Regelungen von großer Tragweite verabschiedet: zur Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) und zur Politischen Union mit einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP).

Der Gipfel von Maastricht hat in diesem Zusammenhang die Schaffung einer Unionsbürgerschaft, die verstärkte Zusammenarbeit in der Innen- und Außenpolitik, vor allem aber den Ausbau der Kompetenzen des Europäischen Parlaments beschlossen. Außerdem haben sich die Staats- und Regierungschefs darauf verständigt, den neuen Vertrag 1996 auf Notwendigkeiten zur Revision zu prüfen. Vor allem mit Blick auf die Kompetenzen des Europäischen Parlaments wird eine weitere Nachbesserung notwendig sein.

Durch die Beschlüsse von Maastricht wurden außerdem bestehende Politikfelder der Gemeinschaft ausgeweitet, insbesondere die Forschungs- und Technologiepolitik, die Umweltpolitik, die Bestimmungen über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt. Aufgenommen in die erweiterte Gemeinschaftszuständigkeit wurden auch neue Gebiete, u. a.: Allgemeine und berufliche Bildung und Jugend, Entwicklungszusammenarbeit, Gesundheitspolitik, Kulturpolitik, transeuropäische Netze (Verkehrspolitik) und Verbraucherpolitik. Die Einführung einer Unionsbürgerschaft mit einem Wahlrecht am Wohn- statt am Geburtsort besitzt Signalwirkung für die Staatsqualität der Union. Mehr Bürgernähe soll der neue Ausschuß der Regionen vermitteln. In seiner beratenden Funktion vertritt

er künftig die Interessen der Länder und Gebiete auf Gemeinschaftsebene. Das vertraglich festgeschriebene Subsidiaritätsprinzip soll die oft geäußerte Befürchtung des EG-Zentralismus ausschließen. Abseits stellten sich die Briten bei der Umsetzung der Wirtschafts- und Währungsunion. Großbritannien wurde außerdem das Recht zum Ausstieg aus der Sozialpolitik zugestanden (opting out). In einer historischen Einordnung der Beschlüsse wird klar: Maastricht kann nur eine Etappe sein.

Mit den Maastrichter Beschlüssen zur Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion bis spätestens 1999 und dem Einstieg in eine Politische Union vollzieht Europa eine historische Zäsur, aus der tiefgreifende Folgen für den Zusammenhalt des Kontinents erwachsen. Europa muß nun den Beweis antreten, daß es sich als Stabilitätsgemeinschaft denken läßt.

Positiv zu werten ist die grundsätzliche Einigung auf den von spanischer Seite geforderten Finanztransfer für die ärmeren Mitgliedstaaten, da damit nicht nur ein Scheitern des Gipfels verhindert worden ist, sondern von einem solchen Instrument auch positive Impulse für die angestrebte wirtschafts- und währungspolitische Konvergenz zu erwarten sind. Insgesamt ist es mit den Maastrichter Beschlüssen jedoch keineswegs gelungen, die auseinanderlaufende Schere zwischen Reformnotwendigkeiten und Reformfähigkeit, zwischen wirtschaftlicher und politischer Integration, zu schließen.

Der Gipfel von Maastricht, der unter dem Vorzeichen der Sicherung der Handlungsfähigkeit der Gemeinschaft stand, hat dieses Ziel mit seinen Wirtschaftsbeschlüssen und dem Start einer Politischen Union in materieller Hinsicht erreicht, nicht jedoch in bezug auf die Entscheidungsstrukturen. Die bestehende Lücke zwischen den Aufgaben und der Entscheidungskapazität der EG konnte nicht geschlossen werden. Auch wenn jetzt in Maastricht das Ziel einer föderal organisierten Union nicht in den neuen Vertrag aufgenommen werden konnte, ist doch auf längere Sicht ein strikt föderaler Aufbau der Gemeinschaft mit einer eindeutigen, an das Prinzip der Subsidiarität gebundenen Kompetenzaufteilung unumgänglich.

Entwicklungsszenarien für die Europäische Gemeinschaft

Gedacht als Netz von wirtschaftlichen, kulturellen und historischen Bezügen weist die Europäische Gemeinschaft die meisten Verknüpfungen auf. Die europäische Integration schafft auf hohem Leistungsniveau das größte Maß an politischer Verbindlichkeit. Mit den jetzt schon vorliegenden vier Anträgen auf Beitritt ist die weitere Evolution der europäischen Ordnung vorgezeichnet. Neben der inneren Entwicklung der EG zur Union wird die Aufnahme neuer Mitglieder die Struktur ihres Gefüges prägen.

Die Aufnahme Österreichs[14] und Schwedens bereichert die Gemeinschaft um zwei hochentwickelte produktive Volkswirtschaften, in denen das Pro-Kopf-Sozialprodukt deutlich über dem Gemeinschaftsdurchschnitt liegt. In der EFTA verbleiben dann nur noch vier Mitglieder – die Schweiz (mit Liechtenstein),

Norwegen, Finnland und Island. Der Entscheidungsdruck auf diese Staaten nimmt zu. Ihr Beitritt noch in den 90er Jahren ist wahrscheinlich; die innenpolitischen Vorbereitungen dazu haben in Norwegen, Finnland und der Schweiz bereits begonnen. In Island könnte sich wegen der Agrarmarktordnung im Fischereisektor ein Fernbleiben durchsetzen. Maltas Beitritt dürfte keine Schwierigkeiten aufwerfen, doch in Zypern könnte die Spaltung der griechischen und der türkischen Bevölkerungsteile einen Beitritt verzögern.

Erweitert um die Staaten der EFTA[15] sowie Zypern und Malta wird die Europäische Gemeinschaft dann annähernd 390 Mio. Menschen umfassen, mehr als die Bevölkerungen der Vereinigten Staaten und Japans zusammengenommen. Das Sozialprodukt dieser Gemeinschaft der 20 Staaten läge höher als das der USA, das Bruttosozialprodukt pro Kopf der EG-Bevölkerung stiege an, da die EFTA-Staaten deutlich über dem Durchschnitt der jetzigen Gemeinschaft liegen. Das Volumen des so vergrößerten Binnenmarktes würde erheblich wachsen, denn der Handel mit der EG umfaßt für die EFTA bereits heute über 56% ihrer Exporte und über 60% ihrer Importe.

Im Konzept der ausgehandelten Europa-Abkommen der EG mit Polen, Ungarn und der ČSFR ist die Option des Beitritts ausdrücklich enthalten. Die Voraussetzungen dazu resultieren aus Geist und Buchstaben der EG-Verträge: Beitretende Mitglieder müssen europäische Staaten sein, die eine demokratische Struktur aufweisen, Rechtsstaatlichkeit gewährleisten, eine marktwirtschaftliche Ordnung entwickelt haben und in der Lage sind, die Freiheiten des Binnenmarktes auf ihrem Territorium zuzulassen. Diese Bedingungen können Polen, Ungarn und die ČSFR bereits in der zweiten Hälfte der 90er Jahre in die Gemeinschaft führen. Dieser Kreis der 23 Mitgliedstaaten wird einen Raum von über 430 Mio. Menschen vom Atlantik bis zum Bug organisieren.

Die Erweiterungen werden die Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft dann erneut vor die Frage stellen, wie sie die Beitrittswünsche der Türkei und Marokkos behandeln wollen. Beide Anträge wurden abgelehnt, doch beide Staaten könnten in den 90er Jahren erneut die Mitgliedschaft beantragen. Dann steht die EG vor der Entscheidung: Sie kann die Türkei nicht wie Marokko auf die Vorteile der interregionalen Kooperation (EG-Maghreb) verweisen. Das strategische Interesse an der Türkei als Schlüsselstaat zwischen Europa und dem Nahen Osten macht eine klare Antwort unausweichlich. Gelingt die Integration der Türkei, so gewinnt Europa einen Schlüssel zum islamischen Orient, verweigern die Europäer die Mitgliedschaft, so wird die Türkei ihre Rolle als Führungsmacht in der durch die mittelasiatischen Republiken und Aserbaidschan gewachsenen islamischen Welt suchen.

Ein denkbarer Folgeschritt qualitativ neuer Art wäre die Ausdehnung der Gemeinschaft auf weitere Reformstaaten in Mittel-, Ost- und Südosteuropa. Unter den übrigen Reformstaaten befinden sich einige mit einer starken Orientierung auf West- oder Nordeuropa. Ihre Mitgliedschaft könnte unter Stabilitätsgesichtspunkten – wie sie auch für die Süderweiterung bestimmend waren – sinnvoll werden. Als Beitrittskandidaten dieser Art kommen perspektivisch

Slowenien, die baltischen Staaten und Bulgarien in Frage. Ähnliche Erwägungen sind für Rumänien, Kroatien und andere Nachfolgestaaten Jugoslawiens dann anzustellen, wenn sich die demokratische und rechtsstaatliche Ordnung durchgesetzt und verstetigt haben wird.

Möglichkeiten der institutionellen Anpassung

Die Schritte der Erweiterung werden die Europäische Gemeinschaft essentiell verändern. Die Stabilitätsgemeinschaft wird Folgen im wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und institutionellen Bereich verarbeiten müssen.

Die wirtschaftliche Basis wird durch den Beitritt der EFTA-Staaten gefestigt, durch die übrigen Beitritte jedoch zunächst geschwächt werden. Mit der Verteilungsmasse werden sich die Verteilungskonflikte verschärfen, es besteht die Möglichkeit der Polarisierung zwischen den "alten" und den "neuen" Nettoempfängern aus dem Gemeinschaftshaushalt. Die politisch-kulturelle Heterogenität der EG 23 wird erheblich größer sein als heute. Neue politische Orientierungen und Traditionen sind zu integrieren, von der gewachsenen Neutralität der Schweiz und Schwedens über die Formen der direkten Demokratie in der Schweiz und die andere geopolitische Lage von Mitgliedern wie Finnland, Ungarn oder Zypern.

Die größere Gemeinschaft der 23 wird auch eine andere Verteilung der Gewichte im Inneren kennzeichnen. Die Zahl der Mitglieder, deren politische Präferenzen eher dem Altmitglied Deutschland entsprechen, wächst. Dies könnte als Ansatzpunkt eines europäischen Raumes wahrgenommen werden, in dessen Fokus Deutschland liegt. Die politische und wirtschaftliche Nähe der drei mitteleuropäischen Mitglieder zu Deutschland unterstreicht diese Rolle. Festigt sich diese Wahrnehmung, so entsteht eine EG mit zwei großen Lagern – dem südwesteuropäischen Teil der romanischen Staaten und dem nordosteuropäischen Teil. Frankreich und Deutschland könnten sich als Meinungsführer dieser Lager in einer neuen Ankerrolle für den Zusammenhalt der EG wiederfinden.

Diese Verschiebung der Balance wird durch die institutionellen Folgen der Erweiterung weiter betont. Legt man die bisherigen Maßstäbe zugrunde, so müssen das Europäische Parlament und die Kommission stark erweitert werden. Im Rat ergibt sich eine Neuverteilung der Stimmenverhältnisse. Die Zunahme der Heterogenität wird die Konsensfindung zur Einstimmigkeit erschweren. In den Bereichen mit qualifizierter Mehrheitsentscheidung wird der Einfluß der kleineren Staaten überwiegen. Möglicherweise werden sich die angesprochenen Lager gegenseitig blockieren können.

Aufgrund dieser Faktoren wächst der Druck, die Entscheidungsprozeduren der EG effektiver zu gestalten. Die volle Übernahme des rechtlichen und politischen Status quo der Zwölfergemeinschaft einschließlich der in Maastricht 1991 vereinbarten Entwicklungsschritte wird unverzichtbarer Teil der Beitrittsabkommen sein müssen; weitgehende Ausnahmeregelungen mindern die Effizienz der Entscheidungen. Sollte der Gemeinschaft bei der in Maastricht für 1996 geplanten Revision ihrer Verträge der Schritt zur institutionellen Effektivierung nicht ausrei-

chend gelingen und darüber hinaus die inhaltlichen Entwicklungsziele der Vertragsänderung von Maastricht gefährdet werden, so hätte die EG die maximale Größe ihrer Regierungsfähigkeit – zumindest temporär – überschritten.

Optionen der abgestuften Integration

Steht die Bewahrung des inhaltlichen Fahrplans der EG in Gefahr, so reichen die institutionellen Anpassungen nicht aus. Die erforderliche Handlungsfähigkeit könnte dann durch eine Anwendung des Prinzips der Konvergenzkriterien aus den Beschlüssen zur Wirtschafts- und Währungsunion bewahrt werden. Für diesen Fall ist zwischen Optionen der abgestuften Integration abzuwägen.

Die Szenarien für die Entfaltung der Europäischen Gemeinschaft von 12 über 16 auf 20 und dann 23 oder 24 Mitgliedstaaten lassen offen, wie sich die übrigen Räume Europas organisieren. Unter den Prämissen, daß die EFTA-Staaten insgesamt den Beitritt zur EG suchen, wenn Österreich und Schweden Mitglied werden, und daß die Beitrittsfähigkeit Polens, Ungarns und der ČSFR zur Mitgliedschaft vor der Jahrtausendwende führt, bleiben nur zwei große Räume in Europa ausgespart: Südosteuropa und die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten. Beide haben ihre Organisationsform noch nicht gefunden.

In Südosteuropa hat zudem die Europäische Gemeinschaft auf geradezu typische Weise die Grenzen ihrer Handlungsunfähigkeit in Krisensituationen gezeigt[16]. Der Krieg im zerfallenden Jugoslawien hat die Gemeinschaft zunächst als eine der letzten Bastionen des Status quo erscheinen lassen. Der Erhalt eines von der Bevölkerung abgelehnten jugoslawischen Gesamtstaates schien ihr ein lohnendes Ziel zu sein. Als dies buchstäblich im Granathagel zerstört wurde, demonstrierte die EG ihren mangelnden Konsens in der Anerkennungspolitik der einzelnen Staaten. Als sie dann mühsam zum Konsens fand, demonstrierte sie den Mangel an effizienten Instrumenten. Europa erlebte sein Ohnmachts-Debakel. Die Entsendung von Beobachtern, die aktive Beteiligung an Friedensverhandlungen, später dann Sanktionen – dies alles konnte die blutige Schlacht im zerfallenden Jugoslawien nicht verhindern.

Es mag ein schwacher Trost sein, daß die Europäische Gemeinschaft in einem mühsamen Lernprozeß erstmals eine ordnungspolitische Rolle in dieser Region zu übernehmen bereit war. Hinter dieser Position gesamteuropäischer Verantwortung wird die Gemeinschaft bei künftigen Konflikten nicht zurückfallen können.

Wie organisieren die Europäer ihre Sicherheit?

Die tiefsten Veränderungen aus dem Wandel in Europa vollziehen sich in der Sicherheitspolitik. Die Auflösung des Warschauer Paktes hat die verteidigungspolitische Integration in Osteuropa beendet; der Zerfall der Sowjetunion setzt diesen Prozeß auch innerhalb der ehemaligen Blockführungsmacht fort. Das Prinzip der Abschreckung besteht als Rückversicherung im Westen fort, doch das differenzierte Reaktionsschema der Abschreckungsdoktrin verliert an Gewicht. In

bezug auf Mittel- und Osteuropa wird sich die europäische Sicherheitspolitik mit zwei Aufgabenfeldern befassen müssen:

Erstens: Die Desintegration der ehemals sowjetischen Streitkräfte schafft umfassende Folgeprobleme. Die UdSSR hielt insgesamt über vier Millionen Soldaten und paramilitärische Kräfte unter Waffen. Sie verfügte über eine zahlenmäßig überlegene konventionelle Rüstung zur kontinentalen und interkontinentalen Projektion militärischer Macht. Die herausragende Fähigkeit ihrer Panzerarmeen auf dem europäischen Kontinent bestand in der Vorbereitung auf massiv und rasch vorgetragene Angriffe mit hoher Feuerkraft. In ihrem nicht-konventionellen Arsenal befanden sich insgesamt etwa 30 000 nukleare Sprengköpfe auf Trägern interkontinentaler Reichweite, Kurzstreckenraketen, nukleare Artillerie sowie chemische und bakteriologische Waffen.

Die Aufteilung dieses Potentials auf die Republiken in der Nachfolge der Sowjetunion hat sich nur im Bereich der strategischen Nuklearwaffen über konsensuale Regelungen vollzogen. Die Implikationen der Desintegration schaffen sicherheitspolitische Probleme. Die Grundproblematik der Rüstungsaltlasten erstreckt sich auf den gesamten Raum des ehemaligen Warschauer Paktes. Europäischer Handlungsbedarf entsteht hier auf zwei Ebenen: Der Ermittlung und Sanierung von Umweltschäden durch militärische Einrichtungen und den, zum Teil heimlichen Export von Rüstungsgütern in andere Regionen.

Zweitens: In den Krisenzonen Osteuropas verdichten sich die ethnischen Spannungen. Die Region hat nationalstaatlichen Nachholbedarf. Nahezu keiner der Staaten weist eine ethnisch homogene Bevölkerung auf. Die Grenzziehungen sind zum großen Teil nicht älter als das Jahrhundert und durchschneiden vielfach historisch gewachsene Siedlungs- und Kulturräume. Diese Grenzen werden von den Konfliktparteien bestritten. So richtet sich die Forderung nationaler Minderheiten häufig nicht primär auf die Gewährung gleicher politischer, wirtschaftlicher und kultureller Rechte und Selbstverwaltung, sondern auf Sezession bzw. die Rücknahme von Grenzsetzungen.

Die neue Lage des Kontinents wandelt die Sicherheitsvorsorge endgültig zu einem multidimensionalen Ziel der Politik. Der größte Teil der Wirtschafts- und Finanzhilfe, der technischen und der humanitären Hilfe des Westens, die Öffnung der Märkte und die Einbeziehung der politischen Systeme in die Strukturen der Zusammenarbeit dient unmittelbar den Sicherheitsinteressen des Westens. Diese Ostpolitik ist Sicherheitspolitik.

Darüber hinaus bleiben die "harten" Bereiche der Sicherheit von Bedeutung. Die Strukturen der Sicherheitsorganisationen müssen daher sowohl offen als auch fähig zur gemeinsamen Verteidigung bleiben, um die Risiken einer militärischen Aggression in Europa zu kontrollieren. Gleichzeitig sollen sie der Verlagerung der sicherheitspolitischen Gewichte im atlantischen Raum Rechnung tragen[17]. Die Aufgabe lautet hier, die Komplementarität der Akteure in den "weichen" und den "harten" Bereichen der Sicherheitspolitik herzustellen.

In Maastricht haben die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik beschlossen, die auch die Perspektive

einer gemeinsamen Verteidigungspolitik und Verteidigungsorganisation beinhaltet. Als Instrument für den schrittweisen Aufbau haben sie die Westeuropäische Union zum integralen Bestandteil der künftigen Union bestimmt. Das zentrale Defizit der gegenwärtigen Lage liegt in der mangelnden Transparenz der Positionen[18]. Weder die Amerikaner, noch die Europäer haben sich bisher zu ihren Präferenzen auf beide Fragen erklärt.

Sicherheit wird auch gegenüber neuen Partnern konzipiert werden müssen. Die alte Sicherheitsarchitektur hatte die Risiken von außerhalb Europas faktisch mit abgedeckt. Künftig wird Sicherheit auf dieser Ebene bewußt organisiert werden müssen. Die künftige Weltlage enthält vielfältige Risiken außerhalb Europas: Verelendung, soziale und ethnische Konflikte im Innern instabiler Staaten werden autoritäre Formen politischer Herrschaft begünstigen. Die Ambitionen dieser Führungen und die Unsicherheit, die sie nach außen erzeugen, werden die Rüstungsanstrengungen forcieren und könnten zu Krisen und Kriegen führen. Der Drang, auch über nicht-konventionelle Waffen zum Zweck der Abschreckung oder der Erpressung zu verfügen, wird zunehmen. Die Weitergabe von Material, Kenntnissen und Trägersystemen für diese Waffen ist bereits heute kaum noch wirksam zu kontrollieren. Die Europäer brauchen deshalb eine transkontinentale Analyse ihrer Sicherheitslage. Von unmittelbarem Interesse ist in diesem Zusammenhang die südliche Nachbarschaft Europas.

Vereinfacht formuliert, bestehen zwei grundlegende Alternativen: Die NATO bleibt das westliche Instrument kollektiver Verteidigung – dann muß die KSZE zu einem effektiven System kollektiver Sicherheit ausgebaut werden. Oder aber die NATO entwickelt sich zu einem atlanisch-gesamteuropäischen System kollektiver Sicherheit – dann muß die Leistung kollektiver Verteidigung für Westeuropa von EG und WEU erbracht werden. Die Gewichtung der hier skizzierten Abstufungen hängt von zwei wesentlichen Faktoren ab: der künftigen Rolle und Interessendefinition der Vereinigten Staaten einerseits sowie der künftigen Rolle und den Erwartungen der Europäer andererseits. Die Frage nach der Zukunft der atlantischen Beziehungen wird damit zur Schlüsselgröße der Sicherheitsarchitektur Europas.

Die Identität der Europäer

Die hier erörterten Perspektiven und Prioritäten zur Gestaltung der Ordnung in Europa laufen in einem Punkt zusammen: Die Europäer brauchen Klarheit über ihre Identität. Die Vertiefung der EG zur Schicksalsgemeinschaft und ihre Erweiterung, die Integration Mittel-, Ost- und Südosteuropas und die Hilfe für die Staaten der GUS, die Organisation der Sicherheit und die Übernahme weltpolitischer Verantwortung markieren zugleich politisch-kulturelle Anfragen an das Selbstverständnis der Menschen in Europa. Sie müssen über die Tragweite ihrer Zusammengehörigkeit entscheiden:

- Wollen die Europäer die Gemeinsamkeit ihrer Völker auf dem Kontinent entwickeln oder bleiben sie gleichgültig gegenüber den ethnischen Spannungen?
- Sind die Westeuropäer bereit, ihre Leistungskraft zur Entwicklung des Kontinents einzusetzen oder werden sie sich auf den Inseln ihrer Besitzstände einkapseln?
- Nehmen die Europäer die Herausforderungen in ihrer östlichen wie südlichen Nachbarschaft als Gestaltungsaufgabe an oder ziehen sie die Abgrenzung nach außen vor?
- Empfinden die Europäer eine Verantwortung für die Lösung der globalen Problemstellungen oder bevorzugen sie ein europazentrisches Nutzenkalkül?

Die Möglichkeiten und Grenzen zur Beantwortung dieser Fragen sind abgesteckt durch das politisch-kulturelle Grundgesetz des Kontinents: Größtmögliche Vielfalt der Traditionen, der Temperamente und Mentalitäten trifft hier in größtmöglicher räumliche Dichte aufeinander. Die daraus resultierende Spannung hat in der Geschichte Europas zwei antagonistische Konsequenzen gehabt – schöpferische Vielfalt einerseits und zerstörerischen Herrschaftswillen andererseits. Wollen die Europäer das konstruktive Potential ihrer Lebensordnung zur Entfaltung bringen, so gelingt dies nur als Ergebnis einer großen Leistung ihrer politischen Kultur.

Anmerkungen

1 Weiterführend Weidenfeld, Werner/Janning, Josef: Der Umbruch Europas: Die Zukunft des Kontinents, Gütersloh 1990; dies.: European integration after the cold war – perspectives of a new order, in: International Social Science Journal, Nr. 131, 1992, S. 79–90; dies.: Schöpferische Vielfalt oder zerstörerischer Herrschaftswille, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 15. 4. 1992, S. 8; Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Europa von A–Z. Taschenbuch der europäischen Integration, Bonn 1991; Lepsius, M. Rainer: Nationalstaat oder Nationalitätenstaat als Modell für die Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft, in: Wildenmann, Rudolf: Staatswerdung Europas? Optionen für eine Europäische Union, Baden-Baden 1991, S. 19–40; Rossolibbo, Francesco: Föderalismus in der postindustriellen Gesellschaft, in: Integration 2 (1992), S. 94–102; Pradetto, August: Europa nach der Revolution, Ost und West vor säkularen Herausforderungen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 6 (1992), S. 3–10; Leimbacher, Urs: Westeuropäische Integration und gesamteuropäische Kooperation, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 45 (1991), S. 3–12.

2 Vgl. zu Einzelheiten der Binnenmarktvollendung: Scharrer, Hans-Eckart: Binnenmarktpolitik, in diesem Band.

3 Vgl. u. a. Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Binnenmarkt '92: Perspektiven aus deutscher Sicht, Gütersloh 1988; Däubler, Wolfgang u. a.: Sozialstaat EG? Die andere Dimension des Binnenmarktes, Gütersloh 1989; Ludlow, Peter (Hrsg.): Setting European Community Priorities 1991–92, Brüssel 1991; Nicolaysen, Gerd: Die rechtliche Bedeutung des Schlußtermins zur Errichtung des Binnenmarktes, Saarbrücken 1991.

4 Vgl. dazu Rupprecht, Reinhard/Hellenthal, Markus u. a.: Innere Sicherheit im Europäischen Binnenmarkt, Gütersloh 1992.

5 Vgl. Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Wie Europa verfaßt sein soll – Materialien zur Politischen Union, Gütersloh 1991.

6 Vgl. Weidenfeld, Werner/Huterer, Manfred: Der Westen und die Stabilisierung in Osteuropa, in: Europa-Archiv 12 (1992), S. 325–334.

7 S. weiterführend dazu: Weidenfeld, Werner: Cooperation for a New Euroean Epoch, in: International Heral Tribune v. 7. 4. 1992, S. 6.; Korowkin, Wladimir: Zerfall der Sowjetunion und Europäischen Gemeinschaft, in: Integration 1 (1992), S. 36–41; Werner, Horst: Ordnungspolitik im Reformprozeß Osteuropas, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 7–8 (1992), S. 33–43; Tietz, Bruno: Die Öffnung Osteuropas – Konsequenzen für den Handel aus Westeuropa, Saarbrücken 1991; Miegel, Meinhard (Hrsg.): Das Ende der Sowjetunion, Baden-Baden 1992; Nelson, Daniel N.: Europe's Unstable East, in: Foreign Policy, 82/1991, S. 137–158; Huntington, Samuel: How Countries Democratize, in: Political Science Quarterly, Vol. 106, 4/1991–92, S. 579–616; Kramer, Heinz: Die EG ist die Stabilisierung Osteuropas, in: Außenpolitik 1 (1992), S. 12–21; Segbers, Klaus: Das schwierige Erbe der Sowjetunion, in: Europa-Archiv 23 (1991), S. 671–683; s. außerdem alle Beiträge in: Aus Politik und Zeitgeschichte 23 (1989), 16 (1991), 52–53 (1991).

8 Weiterführend Kramer, Heinz: Die "Europäischen Abkommen" für die Assoziation der mittel- und südosteuropäischen Staaten mit der EG: Ein Baustein der neuen Architektur Europas? SWP-JP 2710, Ebenhausen 1991.

9 Vgl. dazu Krenzler, Horst Günter/Kaiser, Wolfram: Die Transatlantische Erklärung: Neue Grundlage für das Verständnis von EG und USA, in: Außenpolitik 4 (1991), S. 363–372.

10 Vgl. die "Charta von Paris für ein neues Europa", abgedruckt in: Europa-Archiv 24 (1990), S. D 656–664.

11 Vgl. Gipfelkonferenz der Staats- und Regierungschefs der NATO-Mitgliedstaaten am 7. und 8. 11. 1991 in Rom (mit dem neuen Strategischen Konzept und anderen Erklärungen), abgedruckt in: Europa-Archiv 2 (1992), S. D 52–72.

12 Vgl. Vertrag über die Europäische Union, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes, Nr. 16 v. 12. 2. 1992.

13 Vgl. dazu Rahmsdorf, Detlef W.: Währungspolitik sowie die Berichte über die Europapolitik der Mitgliedstaaten, in diesem Band; Regierungskonferenzen: Beiträge der Kommission, Bulletin der Europäischen Gemeinschaften, Beilage 2/91; Schlüter, Peter-Wilhelm: Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion: Anmerkungen zur Regierungskonferenz, in: Integration 3 (1991), S. 106–114; Hill, Christoph: Auf dem Weg zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik? Probleme der Politischen Union, in: Integration 3 (1991), S. 115–124; Joachimsen, Reimut: Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, in: Europa-Archiv 18 (1991), S. 537–546; Wessels, Wolfgang: Maastricht: Ergebnisse, Bewertungen, Langzeittrends, in: Integration 1 (1992), S. 2–16; Regelsberger, Elfriede: Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik nach Maastricht – Minimalreformen in neuer Entwicklungsperspektive, in: Integration 2 (1992), S. 83–93; Thiel, Elke: Europäische Wirtschafts- und Währungsunion. Von der Marktintegration zur politischen Integration, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 7–8 (1992), S. 3–11; dies.: Wirtschaftliche Integrationsdynamik in Europa: Der Prozeß der Wirtschafts- und Währungsunion und gesamteuropäische Strukturbildungen, in: Knapp, Manfred (Hrsg.): Konzepte europäischer Friedensordnungen, Stuttgart 1992, S. 105–108; Schmuck, Otto: Der Maastrichter Vertrag zur Europäischen Union, Fortschritt und Ausdifferenzierung der Europäischen Einigung, in: Europa-Archiv 4 (1992), S. 97–106.

14 Fischer, Peter: Neutralität und Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften, Saarbrücken 1991; Gasteyger, Curt (Hrsg.): Candidates for Integration, Genf 1992.

15 Zum Vertrag zwischen EG und EFTA zur Gründung des Europäischen Wirtschaftsraumes s. Pedersen, Thomas: EFTA-Staaten und Europäischer Wirtschaftsraum, in diesem Band; van Scherpenberg, Jens: Der Vertrag über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR). Eine Vorstufe für die

nächste Erweiterungsrunde der EG, in: Europa-Archiv 24 (1991), S. 710–718; Krenzler, Horst Günter: Der Europäische Wirtschaftsraum als Teil einer gesamteuropäischen Architektur, in: Integration 2 (1992), S. 61–71.

16 Cviic, Christopher: Das Ende Jugoslawiens, in: Europa-Archiv 14 (1991), S. 409–415; Reuter, Jens: Jugoslawien vor dem Zerfall, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 14 (1992), S. 3–12; ders.: Der Bürgerkrieg in Jugoslawien, in: Europa-Archiv 24 (1991), S. 703–709; Wagner, Wolfgang: Acht Lehren aus dem Fall Jugoslawien, in: Europa-Archiv 2 (1992), S. 31–41; Hummer, Waldemar/Hilpold, Peter: Die Jugoslawien-Krise als ethnischer Konflikt, in: Europa-Archiv 4 (1992), S. 87–96; Deubner, Christian: Die EG und Jugoslawiens Bürgerkrieg, SWP-IP 2726, Ebenhausen 1991.

17 Vgl. weiterführend Krenzler, Horst Günter/Kaiser, Wolfram, a. a. O.; Janning, Josef: A New Transatlantic Deal: European-American Relations in the 1990s, in: Clesse, Armand/Vermon, Raymond (Hrsg.): The European Community after 1992: A New Role in World Polities?, Baden-Baden 1991, S. 216–224; Weidenfeld, Werner/Janning, Josef: Global Responsibilities – Europe in Tomorrow's World, Gütersloh 1991.

18 S. weiterführend Wettig, Gerhard: Sicherheit in Europa – eine herausfordernde Aufgabe, in: Außenpolitik 1 (1992), S. 3–11; Senghaas, Dieter: Friedliche Streitbeilegung und kollektive Sicherheit im neuen Europa, in: Europa-Archiv 10 (1991), S. 311–317; Bischof, Henrik: Die europäische Sicherheit und das Pulverfaß Europa, Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1992; Martin, Laurence: Nationale Sicherheit in einer neuen Weltordnung, in: Europa-Archiv 3 (1992), S. 59–70; Joffe, Joseph: Collective Security and the Future of Europe: Failed Dreams and Dead Ends, in: Survival, Spring 1992, S. 36–50; s. außerdem alle Beiträge in: The Washington Quarterly, Spring 1992.

Weiterführende Literatur

Bellers, Jürgen/Winking, Mechthild (Hrsg.): Europapolitik der Parteien, Frankfurt 1991.

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Die Zukunft Europas – Kultur und Verfassung des Kontinents, Gütersloh 1991.

Biehl, Dieter u. a.: Europa finanzieren – ein föderalistisches Modell, Gütersloh 1990.

Bischof, Henrik: Die europäische Sicherheit und das Pulverfaß Europa, Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1992.

Bonvicini, Gianni u. a.: Die EG und die jungen Demokratien in Europa. Ein gemeinsamer Bericht westeuropäischer Außenpolitik-Institute, Baden-Baden 1991.

Butscher, Wolfgang: EFTA und EG: Rechtliche Probleme eines Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR), Saarbrücken 1991.

Button, Kenneth u. a.: Europäische Verkehrspolitik – Wege in die Zukunft, Gütersloh 1992.

Cremer, Will/Schmuck, Otto (Hrsg.): Politische Bildung für Europa, Bonn 1991.

Cviic, Christopher: Das Ende Jugoslawiens, in: Europa-Archiv 14 (1991), S. 409–415.

Däubler, Wolfgang u. a.: Sozialstaat EG? Die andere Dimension des Binnenmarktes, Gütersloh 1989.

Deubner, Christian: Die EG und Jugoslawiens Bürgerkrieg, SWP-IP 2726, Ebenhausen 1991.

Engel, Christian/Borrmann, Christine: Vom Konsens zur Mehrheitsentscheidung, EG-Entscheidungsverfahren und nationale Interessenpolitik nach der Einheitlichen Europäischen Akte, Bonn 1991.

Fischer, Peter: Neutralität und Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften, Saarbrücken 1991.

Gasteyger, Curt: European Security and the New Arc of Crisis, in: Adelphi Papers Nr. 265, S. 69–81.

Gasteyger, Curt: The remaking of Eastern Europe's security, in: Survival, März/April 1991, S. 111–124.

Gasteyger, Curt (Hrsg.): Candidates for Integration, Genf 1992.

Gnesotto, Nicole/Roper, John (Hrsg.): Western Europe and the Gulf, Paris 1992.

Grewlich, Klaus W. u. a.: Europa im globalen Technologiewettlauf: Der Weltmarkt wird zum Binnenmarkt, Gütersloh 1992.

Hartmann, Jürgen: Europa im Vergleich, Berlin 1991.

Hill, Christoph: Auf dem Weg zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik? Probleme der Politischen Union, in: Integration 3 (1991), S. 115–124.

Hummer, Waldemar/Hilpold, Peter: Die Jugoslawien-Krise als ethnischer Konflikt, in: Europa-Archiv 4 (1992), S. 87–96.

Huntington, Samuel: How Countries Democratize, in: Political Science Quarterly, Vol. 106, 4 (1991–92), S. 579–616.

Janning, Josef: A New Transatlantic Deal: European-American Relations in the 1990s, in: Clesse, Armand/Vermon, Raymond (Hrsg.): The European Community after 1992: A New Role in World Polities?, Baden-Baden 1991, S. 216–224.

Joachimsen, Reimut: Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, in: Europa-Archiv 18 (1991), S. 537–546.

Joffe, Josef: Collective Security and the Future of Europe: Failed Dreams and Dead Ends, in: Survival, Spring 1992, S. 36–50.

Korowkin, Wladimir: Zerfall der Sowjetunion und Europäischen Gemeinschaft, in: Integration 1 (1992), S. 36–41.

Kramer, Heinz: Die "Europäischen Abkommen" für die Assoziation der mittel- und südosteuropäischen Staaten mit der EG: Ein Baustein der neuen Architektur Europas? SWP-JP 2710, Ebenhausen 1991.

Kramer, Heinz: Die EG ist die Stabilisierung Osteuropas, in: Außenpolitik 1 (1992), S. 12–21.

Krenzler, Horst Günter: Der Europäische Wirtschaftsraum als Teil einer gesamteuropäischen Architektur, in: Integration 2 (1992), S. 61–71.

Krenzler, Horst Günter/Kaiser, Wolfram: Die Transatlantische Erklärung: Neue Grundlage für das Verhältnis von EG und USA, in: Außenpolitik 4 (1991), S. 363–372.

Leimbacher, Urs: Westeuropäische Integration und gesamteuropäische Kooperation, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 45 (1991), S. 3–12.

Ludlow, Peter (Hrsg.): Setting European Community Priorities 1991–92, Brüssel 1991.

Manyall, James: Nationalism and International Security after the Cold War, in: Survival, Spring 1992, S. 19–35.

Martin, Laurence: Nationale Sicherheit in einer neuen Weltordnung, in: Europa-Archiv 3 (1992), S. 59–70.

Miegel, Meinhard (Hrsg.): Das Ende der Sowjetunion, Baden-Baden 1992.

Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela: Ein föderalistisches Europa? Zur Debatte über die Föderalisierung und Regionalisierung der zukünftigen Europäischen Politischen Union, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 45 (1991), S. 13–25.

Nelson, Daniel N.: Europe's Unstable East, in: Foreign Policy 82 (1991), S. 137–158.

Nicolaysen, Gerd: Die rechtliche Bedeutung des Schlußtermins zur Errichtung des Binnenmarktes, Saarbrücken 1991.

Pavlenko, Anatoly F./Sund, Horst (Hrsg.): Umwelt in Europa, Umweltprobleme kennen keine Grenzen, Konstanz 1991.

Picht, Robert/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Motor für Europa? Deutsch-französischer Bilateralismus und europäische Integration, Bonn 1991.

Pradetto, August: Europa nach der Revolution, Ost und West vor säkularen Herausforderungen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 6 (1992), S. 3–10.

Regelsberger, Elfriede: Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik nach Maastricht – Minimalreformen in neuer Entwicklungsperspektive, in: Integration 2 (1992), S. 83–93.

Reuter, Jens: Der Bürgerkrieg in Jugoslawien, in: Europa-Archiv 24 (1991), S. 703–709.

Reuter, Jens: Jugoslawien vor dem Zerfall, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 14 (1992), S. 3–12.

Rossolibbo, Francesco: Föderalismus in der postindustriellen Gesellschaft, in: Integration 2 (1992), S. 94–102.

Rupprecht, Reinhard/Hellenthal, Markus u. a.: Innere Sicherheit im Europäischen Binnenmarkt, Gütersloh 1992.

Scherpenberg, Jens van: Der Vertrag über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR), Eine Vorstufe für die nächste Erweiterungsrunde der EG, in: Europa-Archiv 24 (1991), S. 710–718.

Schlüter, Peter-Wilhelm: Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion: Anmerkungen zur Regierungskonferenz, in: Integration 3 (1991), S. 106–114.

Schmuck, Otto: Der Maastrichter Vertrag zur Europäischen Union, Fortschritt und Ausdifferenzierung der Europäischen Einigung, in: Europa-Archiv 4 (1992), S. 97–106.

Schmuck, Otto (Hrsg.): Vierzig Jahre Europarat, Renaissance in gesamteuropäischer Perspektive?, Bonn 1990.

Segbers, Klaus: Das schwierige Erbe der Sowjetunion, in: Europa-Archiv 23 (1991), S. 671–683.

Senghaas, Dieter: Friedliche Streitbeilegung und kollektive Sicherheit im neuen Europa, in: Europa-Archiv 10 (1991), S. 311–317.

Lepsius, M. Rainer: Nationalstaat oder Nationalitätenstaat als Modell für die Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft, in: Wildenmann, Rudolf: Staatswerdung Europas? Optionen für eine Europäische Union, Baden-Baden 1991, S. 19–40.

Thiel, Elke: Europäische Wirtschafts- und Währungsunion. Von der Marktintegration zur politischen Integration, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 7–8 (1992), S. 3–11.

Thiel, Elke: Wirtschaftliche Integrationsdynamik in Europa: Der Prozeß der Wirtschafts- und Währungsunion und gesamteuropäische Strukturbildungen, in: Knapp, Manfred (Hrsg.): Konzepte europäischer Friedensordnungen, Stuttgart 1992, S. 105–108.

Tietz, Bruno: Die Öffnung Osteuropas – Konsequenzen für den Handel aus Westeuropa, Saarbrücken 1991.

Wagner, Wolfgang: Acht Lehren aus dem Fall Jugoslawien, in: Europa-Archiv 2 (1992), S. 31–41.

Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Binnenmarkt '92: Perspektiven aus deutscher Sicht, Gütersloh 1988.

Weidenfeld, Werner: Cooperation for a New European Epoch, in: International Herald Tribune v. 7. 4. 1992, S. 6.

Weidenfeld, Werner u. a.: Die Architektur europäischer Sicherheit: Probleme, Kriterien, Perspektiven, Gütersloh 1989.

Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Wie Europa verfaßt sein soll – Materialien zur Politischen Union, Gütersloh 1991.

Weidenfeld, Werner/Holeschowsky, Christine u. a.: Die doppelte Integration: Europa und das größere Deutschland, Gütersloh 1991.

Weidenfeld, Werner/Huterer, Manfred: Der Westen und die Stabilisierung in Osteuropa, in: Europa-Archiv 12 (1992), S. 325–334.

Weidenfeld, Werner/Huterer, Manfred: Osteuropa – Herausforderungen, Probleme, Strategien, Gütersloh 1992 (im Erscheinen).

Weidenfeld, Werner/Janning, Josef: Der Umbruch Europas: die Zukunft des Kontinents, Gütersloh 1990.

Weidenfeld, Werner/Janning, Josef: Global Responsibilities: Europe in Tomorrow's World, Gütersloh 1991.

Weidenfeld, Werner/Janning, Josef: European integration after the cold war – perspectives of a new order, in: International Social Science Journal, Nr. 131 (1992), S. 79–90.

Weidenfeld, Werner/Janning, Josef: Schöpferische Vielfalt oder zerstörerischer Herrschaftswille, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 15. 4. 1992, S. 8.

Weidenfeld, Werner/Stützle, Walter: Abschied von der alten Ordnung: Europas neue Sicherheit, Gütersloh 1990.

Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Europa von A–Z. Taschenbuch der europäischen Integration, Bonn 1991.

Weilemann, Peter: Einstellungen zur Europäischen Union nach Maastricht, Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, Nr. 30, St. Augustin 1992.

Werner, Horst: Ordnungspolitik im Reformprozeß Osteuropas, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 7–8 (1992), S. 33–43.

Wessels, Wolfgang: Maastricht: Ergebnisse, Bewertungen, Langzeittrends, in: Integration 1 (1992), S. 2–16.

Wettig, Gerhard: Sicherheit in Europa – eine herausfordernde Aufgabe, in: Außenpolitik 1 (1992), S. 3–11.

Wicke, Lutz/Huckestein, Burkhard: Umwelt Europa – der Ausbau zur ökologischen Marktwirtschaft, Gütersloh 1991.